

# LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2016

## Sachsen-Anhalt



zur Landtagswahl am 13.03.2016

## ***Beschäftigungspolitik***

Im Zentrum alternativer Wirtschaftspolitik steht die Beschäftigungspolitik, denn die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der sozialen Hauptübel in unserem Land. Die heutige Beschäftigungspolitik stürzt u.a. Arbeitslose und deren Familien in tiefe Krisen, untergräbt die öffentlichen Finanzen, schwächt die Wirtschaft, zerreißt den sozialen Zusammenhalt und gefährdet die Stabilität der demokratischen Gesellschaft.

Lohndrückerei untergräbt die wichtigste Säule der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, den privaten Verbrauch. Wir sind für ein kräftiges öffentliches Investitionsprogramm, den Ausbau statt des weiteren Abbaus der öffentlichen Beschäftigung, die Verstärkung statt der Austrocknung der Arbeitsmarktpolitik und die politische Unterstützung der Verkürzung statt der Verlängerung von Arbeitszeiten. Des weiteren ist es wichtig, zukunftsweisende Technologien und Industrien zu fördern, die umweltgerecht sind und neue Arbeitsplätze schaffen. Zusätzlich sollte der inländische Mittelstand gestärkt werden. Subventionen für Unternehmen, die in Sachsen-Anhalt mittelfristig bis langfristig nicht mehr lebensfähig sind, müssen sozialverträglich beendet werden.

*Stärkung des inländischen  
Mittelstands*

## **Bürgerbeteiligung**

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) ist für eine Senkung der Hürden für Volksbegehren, Bürgerentscheide und Volksabstimmungen. Diese wären ein Instrument der direkten Demokratie in Deutschland. Sie ermöglichen den Bürgern die Einbringung eines politischen Gegenstandes oder eines Gesetzesentwurfes in unser Landesparlament.

Es könnte dazu beitragen, politische Teilhabe zu fördern, der Politikverdrossenheit und dem Eindruck, "dass man sowieso nichts mit seiner Stimme ausrichten kann", entgegenzuwirken. Des weiteren müssen politische Entscheidungen dem Bürger klarer vermittelt werden. Die 5%-Hürde ist auf wenigstens 3 % zu senken, damit kleine Parteien und Minderheiten auch eine Teilhabe an politischen Entscheidungen haben.

*Teilhabe gegen  
Politikverdrossenheit*

## **Verbraucher schützen statt den Profit von großen Konzernen**

Verbraucherschutz wird meist nur mit ausufernder Bürokratie realisiert. Mehr Bürokratie führt aber nicht automatisch zu mehr Verbraucherschutz. Hinter politischen Entscheidungen stehen vordergründig die Interessen der großen Konzerne und Verbraucherinteressen werden nachrangig behandelt.

*Lobby nicht mehr im  
Vordergrund stehen lassen*

Trotz vieler Demonstrationen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA wird unbeirrt unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiterverhandelt. Eines der großen Probleme mit TTIP ist, dass die Rechtssysteme der EU und der USA sehr unterschiedlich sind. Bisher wurden aber die Rechtssysteme außer acht gelassen und nicht mitverhandelt. In den USA gibt es keinen Unbedenklichkeitsnachweis. Hier wird die Produktionssicherheit durch das Klagerecht und deren Schadensersatz sichergestellt. So können US-Bürger bei Schäden die Unternehmen auf viele Milliarden Dollar verklagen. Europäer können bei Schäden nur vergleichsweise winzige Beträge einklagen. US-Konzerne könnten so riskante Produkte vorzugsweise in Europa testen.

Wir fordern, dass bei politischen Entscheidungen zukünftig die

## **Verbraucher schützen statt den Profit von großen Konzernen**

Kampf dem  
Etikettenschwindel

Verbraucherinteressen in den Vordergrund stellen. Nachweislicher Etikettenschwindel (Verbrauchertäuschung) muss stärker bekämpft werden. Zudem sollten Anreize geschaffen werden, damit sich unsere Bevölkerung gesünder ernährt und besser informiert wird. Nur wer wirklich informiert ist, kann sich wirklich entscheiden!

gegen Subvention  
ungesunder Lebensmittel

Bisher werden vegane Lebensmittel, beispielsweise Sojamilch mit 19%, stärker besteuert und sind dadurch teurer. Ungesunde Lebensmittel (wie Fleisch und Kuhmilch) werden bereits in der Produktion hochsubventioniert und profitieren im Verkauf von der ermäßigten Umsatzsteuer. Das irritiert den Verbraucher und lenkt den Konsum auf ungesunde, preiswertere Lebensmittel.

So greifen Menschen eher zu Schokolade, Zuckergebäck, Fleisch und Milch da sie nur mit 7% MwSt eingestuft sind, anstatt gesunde Lebensmittel zu kaufen. Im Bundesrat werden wir uns daher für eine deutlich verbesserte, unabhängige und unkomplizierte Lebensmittelkennzeichnung im Hinblick auf ungesunde und ökologisch bedenkliche sowie tierquälerische Inhaltsstoffe einsetzen. Ein Grundstein wäre damit schon gelegt. Zusätzlich ist zunächst eine Gleichstellung von pflanzlichen und tierlichen Lebensmitteln und später eine Umkehr der momentanen Verhältnisse anzustreben.

## **Bildung ist Zukunft – die Zukunft der Bildung sichern**

mehr Anreize  
für Lehrkräfte schaffen

Gewachsene Schülerzahlen – 39 Schulen ohne Schulleitung! Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2015/16 wurden 17.900 Kinder in Sachsen-Anhalt eingeschult – das ist ein Plus von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 39 Schulen in Sachsen-Anhalt müssen ohne Schulleiter auskommen! (Stand: 19.09.2015) Für bestimmte Schulen wird intensiv nach Lehrkräften gesucht. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden.

Bildung gibt es nicht zum Nulltarif! Bildung beugt Armut und Abwanderung vor! Eine starke Wirtschaft braucht Fachkräfte.

**Deshalb fordern wir die Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln für den Bildungssektor!**



## Asyl- und Flüchtlingspolitik

Der gegenwärtige Zustrom von Flüchtlingen wird von der Bevölkerung mit wachsender Sorge beobachtet. Wer aus eindeutig politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, an Hunger leidet oder auf Grund von Krieg oder Bürgerkrieg aus seinem Land flüchtet, muss nach genauer Prüfung Asyl finden. Die Möglichkeit einer Rückkehr nach Beendigung der Fluchtgründe sollte besser gewährleistet sein.

Asylmissbrauch muss verhindert und Asylverfahren sollten beschleunigt werden. Asylsuchenden ist zudem die Gelegenheit zu geben einer Beschäftigung nachzugehen. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) bekennt sich ganz eindeutig zu einer Verantwortung Deutschlands in der internationalen Wertegemeinschaft.

Die Globalisierung im positiven Sinne beinhaltet auch eine größere Verantwortung für ärmere bzw. krisengefährdete Länder. Deshalb sollte einer Ursachenbekämpfung in den Herkunftsregionen größte Bedeutung beigemessen werden.

*intensivere  
Ursachenbekämpfung*

### Dezentralisierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Wir setzen uns für eine Dezentralisierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ein:

Das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) und das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sehen grundsätzlich vor, dass Asylsuchende und Geduldete in Wohnheimen oder Lagern wohnen sollen. Auch Menschen, die aus humanitären Gründen ein Bleiberecht erhalten haben, müssen oft jahrelang dort leben. Flüchtlingslager liegen oft fernab der Innenstädte. Mehrere Personen leben auf engstem Raum zusammen. Toiletten, Duschen und Küche werden von vielen Hausbewohnern geteilt. Allerdings haben die einzelnen Bundesländer Ermessensspielraum und können sich auch für die Unterbringung in Privatwohnungen entscheiden. Das macht zum Beispiel Berlin.

*mehr alternative  
Unterbringungs-  
möglichkeiten*

Eine solche dezentrale Unterbringung schützt nicht nur das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben besser, sondern ist auch billiger für die Staatskasse. Eine Dezentralisierung von Menschen, die in Deutschland als Flüchtlinge leben, ermöglicht nicht nur eine deutlich höhere Chance auf

## Asyl- und Flüchtlingspolitik

ein besseres Verständnis und menschliches Miteinander, sondern auch auf eine zügigere Integration innerhalb von Deutschland.

### Anerkennung von Ausbildungsnachweisen

Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten und keine Ausbildung machen. Für Asylsuchende und Geduldete ist die Arbeit in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts ganz verboten. Auch danach haben sie zumeist kaum Chancen auf einen Job, weil es "bevorrechtigte Arbeitnehmer" gibt. Dies sind Deutsche, aber auch EU-Ausländer oder anerkannte Flüchtlinge. Nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland dürfen Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge - ohne die oben beschriebenen Einschränkungen - arbeiten.

Das Recht, aber auch die Pflicht, einen Integrationskurs zu machen, haben anerkannte Flüchtlinge. Dieser Kurs besteht hauptsächlich aus Deutschunterricht. Alle anderen Flüchtlinge müssen sich selbst um das Erlernen der deutschen Sprache kümmern und die Kosten dafür tragen. Einen Kurs können viele nicht bezahlen. Die Anerkennungsverfahren für Berufsabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, sind teils kompliziert und nur im Idealfall innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen. Sofern erforderliche Dokumente nicht beizubringen sind, erschwert sich eine Nachweisbarkeit und eine nachträgliche Qualifikation zur Anerkennung ist erforderlich. Wir setzen auf faire Chancen für Menschen, die bereits eine Qualifikation in einem Beruf erworben haben, um auch hier in Deutschland bei geeigneter Qualifikation schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Denn nur wer für seinen Lebensunterhalt selber aufkommen kann, wird einen weiteren wichtigen Beitrag zur sozialen Absicherung unserer Gesellschaft leisten und unabhängig von Dritten seine eigene Existenz absichern können.

*faire Chance für bestehende  
Qualifikation*

### Zügige Integrationsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt

**Wir fordern eine Vereinfachung der Asylverfahren, damit Flüchtlinge schnellstmöglich und vollumfänglich in das gesellschaftliche Leben sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland integriert werden und damit ihren eigenen Unterhalt erarbeiten und ihren Beitrag zu unserem Sozialsystem erbringen können. Dies ist entscheidend für ein würdevolles Leben und für die Akzeptanz in der Bevölkerung.**

## ***Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger:***

***Konsequente Strafverfolgung - mehr Werteerziehung in Kinder-gärten und Schulen, Förderung sozialen Engagements als wirksame Sozial- und Moralerziehung***

Die Aufklärungsquote der Polizei in Sachsen-Anhalt ist gesunken: In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 wurden 53,8 Prozent der 131.000 bekannten Straftaten aufgeklärt: Das sind 5.220 weniger als im Vorjahreszeitraum. Durch Präventivmaßnahmen muss die innere Sicherheit verbessert und die Kriminalität effektiver bekämpft werden.

sinkende  
Aufklärungsraten

Wir fordern eine Änderung des aktuellen Personalentwicklungskonzepts der Polizei (jährlich mind. 500 Neueinstellungen) die Verbesserung der personellen Ausstattung der Polizei eine positive Veränderung bei den teilweise total maroden Dienstgebäuden. Kindergärten und Schulen sollen auf das Erlernen eines gewaltfreien Konfliktverhaltens durch Sozial- und Werteerziehung hinwirken. Tierschutz und soziales Engagement sollen selbstverständlicher und verbindlicher Bestandteil von Erziehung, Schule und Unterricht werden. Wir sehen in der gesunkenen Hemmschwelle zur Gewaltanwendung u.a. folgende Ursachen:

Tierschutz und soziales  
Engagement in Schulen



fehlende Erziehung und Vermittlung ethischer Werte in Familie und Gesellschaft

- nicht genügend vorhandene Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten
- Wegfall vormals staatlich geförderter Freizeitangebote
- gewaltverherrlichende Darstellungen in den Medien
- brutaler Umgang mit Tieren die durch mangelnde Arbeitsmöglichkeiten bedingte finanzielle Not vieler Bürger

## ***Ärztemangel begegnen – Landflucht stoppen...***

***und der Gefahr von Versorgungslücken aufgrund fehlender Pflegekräfte entgegenwirken***

Prognosen zufolge wird 2030 die Hälfte der Bürger in Sachsen-Anhalt älter als 53 Jahre sein. Während viele Städte anwachsen, schrumpft die Bevölkerung im ländlichen Raum. Der Pflegebedarf nimmt bei steigender Lebenserwartung gleichzeitig zu. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) spricht sich für eine Stärkung des ländlichen Raums durch rasche und nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen aus. Jeder Mensch hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit. Die freie Entscheidung der Patienten zwischen Schulmedizin und Naturheilverfahren ist zu gewährleisten.

freie Entscheidung  
der Patienten

## **Braunkohle**

Mittelfristig fordern wir den Einsatz alternativer und erneuerbarer Energieformen. Fossile Energieträger tragen durch ihren Kohlendioxid-ausstoß maßgeblich zum Treibhauseffekt bei. Großkraftwerke, die mit fossilen Energieträgern betrieben werden, müssen nach dem technisch besten Standard zur Abgasfilterung ausgestattet sein. Sie können durch den Einsatz geeigneter Verfahren und die generelle Ankopplung an das Fernwärmenetz in ihrem Wirkungsgrad erheblich verbessert werden.

## **Fracking**

Für eine Risikofolgenabschätzung liegen bislang noch keine verlässlichen Studien und Erfahrungen vor. Eher ist davon auszugehen, dass die Risiken nicht verlässlich eingeschätzt werden können und die gegenwärtige Situation zu einseitig auf die Interessen der Industrie zählt. Im Interesse von Mensch, Umwelt und Natur sollte es keine neuen Gasbohrungen geben.

## **Alternative Energien**

*gegen Energie- statt  
Nahrungsgewinnung*

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) setzt auf sämtliche Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien wie Sonne, Wind und Wasser. Biomasse hingegen muss kritisch gesehen werden. Energie- statt Nahrungsgewinnung lehnen wir ab, zumal sie meist auch zu sog. Verdrängungseffekten in Ländern mit Regenwald-Gebieten und damit Urwaldzerstörung durch Palmöl und ähnliches führt. Biomasse sollte daher nur genutzt werden, wenn es sich um Abfälle handelt. Neu ausgewiesene Flächen für Windkraftanlagen müssen einer gründlichen Überprüfung unterliegen und Effizienzkriterien erfüllen. Standorte sind so zu wählen, dass Rücksicht auf Tiere wie Fledermäuse und Vögel genommen wird, damit deren Risiko, durch solche Anlagen zu Schaden zu kommen, minimiert wird.

## **EEG-Umlage/Ökosteuern**

Großunternehmen profitieren derzeit von der Befreiung der EEG-Umlage in Deutschland. Von unserer Partei wird diese Art der Bevorzugung von Großbetrieben abgelehnt, da diese bei den Stromkosten zu Kostenverlagerungen und Wettbewerbsverzerrungen führt.

Die Einnahmen der Ökosteuern dienen aktuell primär der Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben. Eine Zweckbindung an umweltfreundliche Maßnahmen gibt es nicht. Genau das wäre jedoch nötig. Gerade die Ermäßigung für Großbetriebe könnte diese ermutigen, nicht ökologisch und energieeffizient zu produzieren. Wir werden uns daher im Bundesrat für die Abschaffung der Befreiung von der EEG-Umlage einsetzen.

*Zweckbindung von  
Ökosteuern-Einnahmen*

## **Energieversorgung sichern: Erdgas aus Russland allein ist nicht genug**

Die aktuelle Weltlage wirkt sich bereits jetzt auf die Energieversorgung in Europa aus. Sachsen-Anhalts Volkswirtschaft wird stark von der Energiewirtschaft geprägt. Die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen muss beendet werden – stattdessen sind tragfähige und nachhaltige Energiekonzepte mit einem bezahlbaren Energie-Mix umzusetzen. Sachsen-Anhalt liegt bisher in allen Bereichen der erneuerbaren Energien deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Diese Position Sachsen-Anhalts muss dringend verbessert werden!

## **Ökologische Landwirtschaft fördern**

Anstatt exportorientierte Konzerne zu fördern, müssen wir unsere bäuerlichen Strukturen ausbauen, mit dem Ziel, die Produktion für die Herstellung von Bio-Nahrungsmitteln zu erleichtern. Besser Ökobauern als Monokulturen. Ständig neue Lebensmittelskandale lassen den Bedarf an regionalen Lebensmitteln mit Bioland-, Demeter- oder Naturland-Qualität steigen. Bisher kommen nur circa 5% der Bioprodukte aus Deutschland. Ferner schafft eine natürliche Art der Bewirtschaftung zusätzliche Arbeitsplätze, weil Bio-Betriebe arbeitsintensiver sind als industrielle Großanlagen. Heutzutage erhält ein Industriekonzern umso mehr staatliche Zuschüsse und Förderungen, je größer und technischer er ist. Die Verlierer sind kleine und mittelständische Betriebe, die seit Jahrzehnten in Sachsen-Anhalt ums Überleben kämpfen. So hat sich die Zahl der Höfe von 1980 bis heute mehr als halbiert.

*Förderung regionaler  
Strukturen*

## ***Bioökonomie-Branche in Sachsen-Anhalt stärken: Arbeitsplätze sichern!***

Sachsen-Anhalt wirbt verstärkt in China für Investoren. Das BioEconomy Cluster in Sachsen-Anhalt arbeitet seit 2012 mit mehr als 100 Partnern aus Industrie und Forschung zusammen. Dieses Netzwerk gilt es zu stärken. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert, regionale Partner und Hochschulen stärker einzubinden und Perspektiven für Berufs- und Hochschulabsolventen in Sachsen-Anhalt zu verbessern.

## ***Naturschutz: Für den Erhalt der wertvollen Streuobstwiesen***

Stimmen Sie für den Erhalt der wertvollen Streuobstbestände in Sachsen-Anhalt! Bisher sind rund 3.000 Hektar als besonders wertvolle Biotope geschützt. In einer Zeit, in der das Verschwinden von Pflanzen- und Tierarten immer weiter ansteigt, tragen diese Biotope zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Die alten Streuobstbestände bieten unzähligen Lebewesen eine Nahrungs- und Lebensgrundlage – häufig finden sich in den alten Streuobstbeständen längst vergessene Obstsorten. Diese sind nicht nur für Kleingärtner interessant! Alte Obstsorten wirken der Vereinheitlichung unserer Lebensmittelauswahl durch Großkonzerne entgegen und sind häufig vitaminreicher als das Obst aus dem Supermarkt.

## ***Tierschutz und Etablierung von Tierrechten***

### ***Verbandsklagerecht***

Unser deutsches Recht ist so aufgebaut, dass nur der klagen kann, dessen eigene Rechte verletzt wurden. Tiere können vor Gericht nicht aussagen, darum brauchen sie einen Stellvertreter. Anerkannte Tierschutzorganisationen können für die Tiere sprechen, wenn ein uneingeschränktes Verbandsklagerecht (mit der Möglichkeit auf Feststellungsklage) auf Landes- und Bundesebene eingeführt wird.

Derzeit sind Tiernutzer im Vorteil, weil sie in ihren eigenen Rechten betroffen sind und dadurch Klagerecht haben. Doch für die betroffenen Tiere darf niemand Klage erheben, weil die Tierschutzorganisationen nicht direkt selbst betroffen sind und die Tiere nicht selbst ihre Stimme erheben können.

**Das uneingeschränkte Verbandsklagerecht ist eine der zentralen Forderungen unserer Partei!**

*Tiere brauchen Rechte!*

### ***Massentierhaltung: Schweinehochhaus und Tierquälerei!***



*6 Etagen  
Tierquälerei*

Lange galt das Schweinehochhaus in Maasdorf als Mythos! Dann wurde entdeckt: 500 Zuchtsauen auf sechs Etagen sind in Maasdorf eingepfercht. Tierschützer haben bereits vor Ort protestiert. Auch die Schweinezucht in



## **Massentierhaltung: Schweinehochhaus und Tierquälerei!**

Klein Wanzleben hat für Negativschlagzeilen in den Medien gesorgt. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) fordert langfristig eine tierfreie Landwirtschaft, kurzfristig zumindest eine umwelt- und artgerechte Haltung der sogenannten Nutztiere! Eine Agrarwirtschaft, die ihrem Namen endlich wieder gerecht wird und Land bewirtschaftet statt Menschen und Tiere krank zu machen und die Umwelt zu belasten.

Besonders im Bereich der Massentierhaltung gerät Sachsen-Anhalt immer wieder neu in die Kritik. Wieder wurden schwere Tierschutz-Verstöße festgestellt! Aus der Vergangenheit kennen wir Wiesenhof, Straathof und die Gut Klein Wanzleben Schweinezucht GmbH, sowie eine der größten Sauenzucht-anlagen in Großkayna. Meist sind die Strafen für Tierschutz-verstöße mickrig, im Vergleich zu den Gewinnen der Betriebe.

mickrige Strafen für  
Tierschutzverstöße

**Wir fordern eine konsequente Argarwende statt tierquälerischer Massentierhaltung!**

**Des weiteren sind Transporte von lebenden Schlachttieren auf einen Radius von max. 300 km zu begrenzen.**

**Unser Fernziel ist selbstverständlich die Abschaffung jeglicher Transporte von sogenannten Schlachttieren!**



## **Verbot von Qualzucht in der Nutztierhaltung**

Animal Angels berichtet schon seit Jahren über die gravierenden gesundheitlichen Qualen von "Hochleistungskühen". Klassische durch Qualzucht verursachte Erkrankungen sind insbesondere bei Milchkühen: Lahmheiten auf Grund von Klauen- und Gliedmaßenkrankungen, Euterentzündungen des viel zu groß gezüchteten Euters, Fruchtbarkeitsprobleme und Labmagenverlagerungen. Erkrankungen spielen für die vielen Milchviehbetreiber nur eine untergeordnete Rolle.

*Erkrankungen spielen  
kaum eine Rolle*

Auch viele andere Tierarten leiden unter der Qualzucht in der Nutztierhaltung. So wurde beispielsweise in den Medien die Firma Wiesenhof Geflügel Möckern GmbH wiederholt angeprangert. Um zum Schlachtgewicht zu kommen, brauchte ein Huhn vor ca. 50 Jahren noch zwei Monate. In der industriellen Turbomast wurde das Sättigungsgefühl der Tiere von Züchtern ausgeschaltet und das Wachstum von Muskelfleisch erhöht. Heute muss ein Huhn unter Dauerbeleuchtung ständig essen und kommt innerhalb von 33 Tagen auf 1,6 kg Schlachtgewicht. Bei der Turbomast wachsen die Muskeln schneller als die Knochen, sodass die Tiere oft ihr eigenes Gewicht nicht halten können. Das ist weit entfernt von artgerechter Tierhaltung!

*Sättigungsgefühl  
weggezüchtet*

**Wir verlangen ein Verbot der Qualzucht, damit Tiere artgerecht leben können und nicht ein Leben lang leiden!**

## **Webcam-Pflicht für Schlachthöfe und (Massen-) Tierbetriebe**

*(und somit die Kontrolle durch Veterinärämter auf die der Öffentlichkeit erweitern)*

Undercover-Recherchen bringen es immer wieder an den Tag: die hinter hohen Mauern durchgeführte Schlachtung lädt zu Misshandlung der schutzlosen Wesen ein. Schlecht ausgebildetes Personal ist überfordert mit dem Umgang seiner angesichts des bevorstehenden Todes panischen Opfer und dem herrschenden Akkordtöten. Hier ist Transparenz gefordert. Eine mögliche Teilnahme der Öffentlichkeit sorgt für Aufklärung darüber, welchen Produktionsprozess das später verpackte Stück Fleisch aus dem Supermarkt durchlaufen muss.

*schlecht ausgebildetes  
personal ist überfordert*

**Daher fordern wir eine Webcam-Pflicht für Schlachthöfe und industrialisierte Tierhaltung!**



## ***Tierversuche stoppen: Tierexperimentelle Grundlagenforschung ohne medizinische Anwendung***

57.000  
gequälte Tiere!

„Für 2014 hat das Landesverwaltungsamt in Sachsen-Anhalt 60 Forschungsvorhaben mit Tierversuchen genehmigt, etwas weniger als in den Vorjahren. Antragsteller waren Wissenschaftler der Unis Magdeburg und Halle sowie vom Leibniz-Institut für Neurobiologie Magdeburg. Die Zahl der eingesetzten Tiere ist enorm: Im vergangenen Jahr waren es 37.500 Mäuse, 8.500 Ratten, 4.700 Vögel, 2.700 Schweine, 1.200 Meerschweinchen, 309 Kaninchen, 40 Hunde, 14 Langschwanzmakaken, 7 Katzen und weitere Tiere. Insgesamt wurde an 57.000 Tieren experimentiert.“ (Quelle: Volksstimme, [www.volksstimme.de](http://www.volksstimme.de), vom 09.06.2015) Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) fordert eine ausnahmslos tierversuchsfreie Forschung – die zahlreichen tierversuchsfreien Methoden müssen konsequent zur Anwendung kommen.

keine Forschung nur  
der Forschung willen

Medizinischer Fortschritt darf nicht durch den auferlegten Publikationsdruck, dem die Wissenschaft unterliegt, verhindert werden. Forschung um der Forschung willen, damit Artikel in Fachzeitschriften erscheinen, ohne jeglichen Nutzen in der Anwendung für Menschen, kann nicht im Interesse derer sein, die diese Forschung durch ihre Abgabenlast mitfinanzieren.

Die tierexperimentelle Forschung in Deutschland wird trotz größtenteiliger Finanzierung durch den Steuerzahler weitgehend geheim gehalten. Auch Ergebnisse von Studien werden der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht.

**Wir fordern mehr Transparenz!**

## ***Rassendiskriminierung bei Hunden ist nicht zielführend***

Rassendiskriminierung bei Hunden: In Sachsen-Anhalt gibt es neue politische Entscheidungen zum sogenannten Kampfhundegesetz, die schon im März 2016 in Kraft treten sollen. Durch aktuelle Änderungen im Gesetz werden nicht nur einige Rassen (Genotyp) diskriminiert, sondern auch Hunde die einer gelisteten Rasse ähneln. Hier entscheidet das Erscheinungsbild. Viele Hunde und Hundebesitzer sind durch diese Regelung der Willkür der Behörden ausgesetzt. Die Gefährlichkeit eines Hundes hängt nicht von seiner Rasse ab, sondern von seiner Erziehung sowie den Haltungsbedingungen und damit letztendlich von der Sachkunde des Hundehalters. Die Vorverurteilung von bestimmten Hunderassen ist unsinnig. Wissenschaftlich ist es unhaltbar, einzelne Rassen generell als gefährlich zu diskriminieren.

*Willkür der Behörden  
ausgesetzt*

**Wir fordern die Abschaffung der diskriminierenden Rasseliste!**



## ***Hundesteuer***

Die Hundesteuer ist eine Aufwandssteuer, die in den Kommunen erhoben wird. Sie dient damit ausschließlich als Einnahmequelle der Gemeinden und kommt weder hundebezogenen Projekten zugute, noch wird sie für die Beseitigung von Hundekot o.ä. verwendet.



## Hundesteuer

Eine derartige Steuer wird ausschließlich auf die Haltung von Hunden, nicht auf die Haltung anderer Tiere erhoben. Die Höhe des Steuersatzes ist willkürlich und variiert deutschlandweit von Gemeinde zu Gemeinde erheblich.

Die Kommunen haben die Möglichkeit, in ihren Satzungen Regelungen zu Befreiungsmöglichkeiten von der Hundesteuer festzulegen. Um die Adoption von Hunden aus Tierheimen sowie von Fund- und Straßentieren aus dem In- und Ausland zu unterstützen, setzt sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz für die Abschaffung der Hundesteuer für adoptierte Hunde ein. Auf Landesebene wollen wir im Falle von Kommunen, die eine Hundesteuer für adoptierte Hunde erheben, entsprechende Ausgleichszahlungen an betroffene Hundehalter einführen. Wir fordern die Abschaffung der Hundesteuer für adoptierte Hunde.

## Katzenschutzverordnung/Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

2,5 Millionen Streunerkatzen  
in Deutschland!

Viele meinen, Streunerkatzen gäbe es nur in den südlichen Ländern, wo man sie bekanntlich an jeder Hausecke sieht. Falsch gedacht! In Deutschland gibt es mittlerweile etwa 2,5 Millionen Streunerkatzen, die zum großen Teil krank, verwahrlost und unterernährt durch unsere Städte und Gemeinden streifen. Sie alle sind Nachkommen unserer unkastrierten freilaufenden Hauskatzen.

Weil die Katzenbesitzer entweder nicht daran denken, ihre Freigängerkatze zu kastrieren bzw. sterilisieren, es Ihnen zu teuer oder es ihnen einfach egal ist, gibt es dieses unsägliche Leid.

Die Tierheime quellen über und wissen nicht mehr, wohin mit den vielen Katzen. Engagierte, ehrenamtliche Tierschützer können das Tierleid zwar ein bisschen lindern, in dem sie im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Streunerkatzen einfangen, kastrieren lassen und an der gleichen Stelle wieder aussetzen. Aber das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, solange gerade die Freigängerkatzen weiter unkastriert die Nachbarschaft unsicher machen dürfen.

## ***Katzenschutzverordnung/Kastrationspflicht für Freigängerkatzen***

Nach Ansicht vieler Experten ist die einzig sinnvolle und nachhaltige Lösung für das Streunerproblem in Sachsen-Anhalt die verpflichtende Kastration von Freigängern, sowie die flächendeckende Kastration von streunenden Katzen und Katern. Dabei hat es sich immer wieder bewährt, die Tiere einzufangen, zu kastrieren und zu chippen und dann in ihrem gewohnten Revier unter Beobachtung freizulassen. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben dabei Vorbildcharakter. Sie haben die verpflichtende Kastration von Freigängerkatzen eingeführt und durchwegs gute Erfahrungen damit gemacht. Das BMELV muss unbedingt die Initiative ergreifen und die Kommunen in die Pflicht nehmen. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit die Augen vor dem Problem verschließt und nur vereinzelt engagierte Menschen und Organisationen finanziell für die Folgen aufkommen.

*Pflichtkastration -  
gute Erfahrung einzelner  
Kommunen*

**Wir setzen uns für eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen ein!**

## ***Verbot von Tieren im Zirkus***

In Deutschland haben wir mehr als 430 Zirkusunternehmen. Das ist weltweit die größte Dichte. Laut Diana Plange, Amtstierärztin in Berlin, sind die Tierhaltebedingungen meist katastrophal. Sie sagt: "Ein guter Zirkus kommt auch ohne Tiere aus."

Nachdem auf Bundesebene trotz zweifachem Entschließungsantrags des Bundesrates (2003 und 2011) keine Handlungsbereitschaft beim zuständigen Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zu erkennen ist, müssen wir auf Landesebene das Thema entschlossen angehen. Wir fordern landesweit ein Auftrittsverbot auf öffentlichen Flächen für Zirkusdarbietungen mit Tieren.

In ca. 20 europäischen Ländern dürfen Zirkusse mit (Wild-)Tieren schon nicht mehr auftreten.



## Verbot von Zoophilie

Das Thema Zoophilie wird in Deutschland meist verharmlost dargestellt, obwohl die Opferzahlen von jährlich über 500.000 Tieren alarmierend sind. Die tatsächlichen Opferzahlen werden viel höher geschätzt, da die Täter meist keinen Tierarzt aufsuchen.

darf nicht lediglich  
Ordnungswidrigkeit sein

Laut dem Bund gegen Missbrauch von Tieren sind rund 12.000 Nutzer in einschlägigen Internetforen registriert. Deutschlandweit wurde auch über das "Tierbordell" in Niedermoor 2013 einschlägig berichtet.

In Deutschland ist Zoophilie strafrechtlich immer noch nicht verboten, sie werden lediglich als Ordnungswidrigkeit angesehen.

**Forderung: Verbot von Zoophilie!**

## Abschaffung der Jagd

Auch Menschen  
sterben sinnlos

Rund 5 Mio. Tiere - darunter mehr als 300.000 Haustiere - werden jedes Jahr völlig unnötig und qualvoll von Jägern getötet. Jährlich sterben ca. 40 Menschen bei so genannten Jagdunfällen und Straftaten mit Jägerwaffen. Bei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften liegt die Zahl der jährlichen Jagdunfälle bei über 800.

Zudem werden nach Urlauber, Spaziergänger oder Erholungssuchende durch die Jagd oft erheblich bedrängt und verängstigt. Das ist insbesondere für den Tourismus von Nachteil.

Die Natur reguliert  
besser als der Mensch

Aus unserer Sicht ist die Jagd völlig unnötig, weil die Wildtierpopulation sich ohne menschliches Zutun viel besser regulieren kann. Zudem werden Wildtiere oft durch Jäger gefüttert und in Wildtiergehegen gezüchtet.

Durch die Jagd werden stabile Sozialstrukturen zerstört. Wildtiere haben kaum noch feste Reviere mit beständiger Paarbildung, sie wandern und pflanzen sich unkontrolliert fort. So bringt die Jagd nicht nur einen Anstieg der Geburtenrate, sondern trägt darüber hinaus zur Verbreitung von potentiellen Krankheiten bei.



## ***Einige unserer Kandidierenden***



Nancy Streit



Lothar Tietge



Mirjam Karl-Sy



Andreas Döring

### **Kandidatenliste:**

1. Lothar Tietge, 82, Dipl.-Ing.-ÖK, Landesvorsitzender
2. Mirjam Karl-Sy, 62, Beamtin, Landesschriftführerin
3. Andreas Döring, 50, Maschinen- und Anlagenmonteur, Servicemitarbeiter, Landesvorsitzender
4. Sieglinde Krüger, 57, Industriekauffrau
5. Karin Stasch, 67, Industriekauffrau
6. Heidrun Kretschmer, 64, Dipl.- Betriebswirtin
7. Barbara Tietge, 67, Kauffrau
8. Nancy Streit, 35, Dipl.- Betriebswirtin (VWA), Landesvorsitzende
9. Kathy Schneider, 35, Betriebswirtin, Landesschatzmeisterin
10. Antje Lindner- Boukadida, 35, Zahnmedizin.- Assistentin
11. Alexandra Wernet, 61, Pädagogin

## ***Impressum***

**PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**  
**Landesverband Sachsen-Anhalt**

**Geschäftsstelle (inhaltlich verantwortlich)**

**Lothar Tietge**  
**Lentkestr. 18 c**  
**39116 Magdeburg**  
**Telefon: 0391 6119433**  
**E-Mail: [sachsen-anhalt@tierschutzpartei.de](mailto:sachsen-anhalt@tierschutzpartei.de)**



# LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2016

## Sachsen-anhalt

Letzte Seite vor der Wahl



zur Landtagswahl am 13.03.2016

